



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 18. August 2019

PRESSEINFORMATION

Personalsituation bei Polizei und Schulen wird sich verbessern: Witzel verweist auf deutlich angehobene Ausbildungskontingente

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel erwartet eine zukünftig bessere Personalausstattung bei Polizei und Schulen vor Ort, die sich aus der erkennbaren Anhebung der Ausbildungskontingente ergibt. Ab dem kommenden Jahr dürften die Erfolge des Personalaufbaus in Essen sichtbar sein. Der FDP-Parteivorsitzende reagiert damit auf Meldungen über unbesetzte Stellen nach der Sommerpause und bittet um Verständnis, wenn qualifizierte Ausbildung auch etwas Vorlaufzeit bedeute.

Witzel verweist auf die vielfältigen Maßnahmen für eine bessere Personalsituation: „Wir halten Wort. Nach dem Politikwechsel 2017 hat das Land die Anwärterzahlen für Polizeikommissare um 500 Stellen von 2.000 auf aktuell 2.500 erhöht (+25%). Zusätzlich sind landesweit 500 Stellen für Tarifbeschäftigte in der Polizeiverwaltung eingerichtet worden, die den Wachdienst entlasten. Das Land kann aber aufgrund der dreijährigen Ausbildungszeit derzeit in Essen nur die Polizeistellen besetzen, für die die Vorgänger Personal hinterlassen haben. Ein spürbarer Aufwuchs über Nacht ist ebenfalls bei Lehrkräften unmöglich, da Neueinstellungen dort eine noch längere reguläre Ausbildungszeit voraussetzen. Das Land hat deshalb die Studienplätze für Grundschullehrer um 339 erhöht und ein Maßnahmenpaket für eine bessere Stellenbesetzung auf den Weg gebracht. Dazu zählen insbesondere der erweiterte Einsatz von Oberstufenlehrern ab Klasse 1 oder ein ausgedehnter Seiteneinstieg für Master-Absolventen der Fachhochschulen. Die personelle Verstärkung bei Polizei und Schulen bleibt dennoch auch die nächsten Jahre eine Daueraufgabe in Essen.“

Die FDP betont, es gebe an keiner Stelle beim Personaleinsatz in Polizei und Schulen eine Verschlechterung gegenüber den Haushaltsentscheidungen der früheren Regierung, aber bald erkennbare Verbesserungen vor Ort zu erwarten.